

US-Repräsentantenhaus und Senat für Genozid-Resolution

Außenpolitische Interessen und Lobbyisten bestimmen die Abstimmung im Senat

VON RAFFI KANTIAN

Wie haben sich die USA zum Völkermord an den Armeniern verhalten? Zum einen haben 49 der 50 Bundesstaaten diesen Völkermord explizit anerkannt. Auch hat die Regierung der Vereinigten Staaten den Völkermord an den Armeniern 1951 zum ersten Mal anerkannt, als sie dem Internationalen Gerichtshof (Weltgerichtshof) ein offizielles Dokument zusandte, in dem der Völkermord an den Armeniern als Beispiel für Völkermord vorgestellt wurde. Das US-Repräsentantenhaus anerkannte den Völkermord an den Armeniern in zwei Resolutionen, die 1975 und 1984 verabschiedet wurden, und Präsident Ronald Reagan gab am 22. April 1981 eine präsidentiale Proklamation heraus, in der der armenische Völkermord erwähnt wurde.¹

Der Kongress

Wesentlich komplizierter war es, eine entsprechende Resolution durch den Kongress verabschieden zu lassen. Alle Versuche sind bislang gescheitert. Man erinnert sich an Präsident Clintons Intervention in 2000 kurz vor der Abstimmung im Kongress. Aber auch Präsident Reagan hatte zwar 1981 in einer präsidentialen Proklamation den armenischen Völkermord erwähnt, war aber ansonsten strikt gegen Resolutionen des Kongresses. Und als Bob Dole 1990 sich im Senat für eine solche Resolution einsetzte, musste er am Widerspruch von Präsident George H. W. Bush scheitern. Ähnlich war es in 2007. Präsident George W. Bush stellte sich gegen die Verabschiedung einer solchen Resolution durch das Repräsentantenhaus. Und Präsident Obama – als Kandidat für die Anerkennung – sorgte 2010 dafür, dass es nicht zu einer Verabschiedung einer entsprechenden Resolution kam.

Auch in 2019 lag dem Repräsentantenhaus seit dem 8. April eine Resolutionsentwurf (H. Res. 296) vor, u.a. von Adam Schiff (D, Kalifornien). Abgestimmt wurde am 29. Oktober 2019.

Die Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen (405 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen bei drei Ent-

haltungen). Nach Parteien sortiert sind das: 226 Demokraten, 178 Republikaner und ein Unabhängiger stimmten mit Ja. Warum? Der türkische Einmarsch in Syrien hat viele Abgeordnete, Republikaner wie Demokraten, für die H. Res. 296 stimmen lassen. „Ich denke, einige von uns sind ein wenig verärgert über die Türkei, und wir wollen, dass sie wissen, wie sehr wir verärgert sind“, sagte Eliot Engel (D-N.Y.), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus.

Von den drei Enthaltungen entfielen auf die Demokraten 2, darunter auf den medial sehr präsenten Ilhan Omar (s. u.) und eine auf die Republikaner. Weiterhin interessant: alle Nein-Stimmen stammten von den Republikanern.

Die Stimmenthaltung der linken US-Demokratin Ilhan Omar hat zu zahlreichen



Adam Schiff © Wikimedia Commons

Medienreaktionen geführt. Dazu haben Ronya Othmann und Cemile Sahin in der *taz* geschrieben: „Sie bezeichnet den IS und al-Qaida nicht als Terrororganisation, fordert Sanktionen gegen Israel, stimmt aber gegen Sanktionen für die Türkei, den Iran und Venezuela. Ihre intersektionale Haltung schließt Kritik an Klassismus, Rassismus, Sexismus ein, nicht aber an Antisemitismus, den sie reproduziert. Das sind doppelte Standards. Doppelte Standards liegen auch vor, wenn der Genozid an den Armeniern gegen transatlantischen Sklavenhandel und den Völkermord an der indigenen Bevölkerung ausgespielt wird. Das hat Omar in einem Statement gemacht. Omar benutzt denselben Geschichtsrevisionismus wie die Türkei. Aber: Fakten wie einen Genozid und 1,5 Millionen ermordete Armenier sind nicht verhandelbar.“² Dem ist nichts hinzuzufügen.

² <https://taz.de/Voelkermord-an-den-Armeniern/15639057/>

Was steht in der Resolution?

„Es sei beschlossen, dass es im Sinne des Repräsentantenhauses ist, wenn es die Politik der Vereinigten Staaten ist,

(1) des Völkermords an den Armeniern durch offizielle Anerkennung und Erinnern zu gedenken;

(2) Bemühungen abzulehnen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit der Leugnung des armenischen Völkermords oder eines anderen Völkermords zu beauftragen, zu engagieren oder anderweitig zu assoziieren; und

(3) die Aufklärung und das öffentliche Verständnis für die Tatsachen des Völkermords an den Armeniern, einschließlich der Rolle der Vereinigten Staaten bei den humanitären Hilfsbemühungen, und die Bedeutung des Völkermords an den Armeniern für die modernen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu fördern“.³

Analyse der Nein-Stimmen

Das in Jerewan angesiedelte Armenian Center for American Studies hat sich die elf Republikanischen Abgeordneten, die mit Nein gestimmt haben genauer unter die Lupe genommen.⁴ Sechs von ihnen (Susan Brooks (Indiana), Larry Bucshon (Indiana), Tom Cole (Oklahoma), Virginia Foxx (South Carolina), Andy Harris (Maryland), Mark Meadows (South Carolina)) sind Mitglieder der Parlamentariergruppe USA-Türkei, die folgenden (Jim Baird (Indiana), Kevin Brady (Texas), Greg Pence (Indiana), Michael Rogers (Alabama), William Thornberry (Texas)) jedoch nicht.

Ab hier wird es interessanter: Die vier Abgeordneten aus Indiana stehen auf der Spendenliste des ebenfalls in Indiana ansässigen türkischstämmigen Unternehmers Ersal Ozdemir und seine Frau Izabella.

Finanziers sind nicht nur das Ehepaar Ozdemir. Es gibt auch die türkischen PACs.⁵ National Turkey Federation PAC,

³ <https://www.congress.gov/116/bills/hres/296/BILLS-116hres296eh.pdf>

⁴ <http://americanstudies.am/turkish-financing-of-the-congressman-who-voted-against-h-res-296/>

⁵ Ein Political Action Committee (PAC) ist in den USA die Bezeichnung für eine Lobbygruppe, die sich darauf konzentriert,

¹ <http://www.thecaliforniacourier.com/genocide-resolution-a-major-victory-but-facts-should-not-be-ignored/>

Turkish Coalition USA PAC, Turkish Coalition Northeast PAC und Turkish Coalition Midwest PAC. Diese vier republikanischen Abgeordneten, die mit Nein gestimmt haben, werden von einem dieser PACs finanziell unterstützt: Jim Baird, Larry Bucshon, Virginia Foxx, Tom Cole und Greg Pence (Bruder des Vizepräsidenten Mike Pence).

Die Resolution S.Res.150

Der Antrag S. Res. 150⁶, der die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern



Robert Menendez © Wikimedia Commons

zum Ziel hat, wurde von Senator Robert Menendez (D-N.J.) eingereicht. Senator Lindsay Graham wandte sich gegen die Verabschiedung der Resolution und sagte, dass Senatoren nicht „versuchen sollten, die Geschichte neu zu schreiben“. Grahams Einwand kam Stunden später, nachdem er am 13. November an einer Sitzung des Weißen Hauses mit Trump, Erdoğan und einer Gruppe von Senatoren der Republikanischen Partei teilgenommen hatte.

Nach den Regeln des Senats kann jeder Senator um Zustimmung bitten, um ein Gesetz oder einen Beschluss zu verabschieden, aber jeder Senator kann es blockieren.

Türkische Einflussnahme?

Seit 2016 wird Lindsey Graham aktiv vom Cousin des türkischen Präsidenten R. Erdoğan, Mutlu Halil, finanziert. Mutlu Halil ist ein türkischer Lobbyist, der den Vorsitz der Turken Foundation innehatte und derzeit Ko-Vorsitzender des Turkish American Steering Committee (TASC) ist. Graham wurde auch von seiner Frau Mutlu Lynn finanziert.⁷

Abgeordnete oder Wahlbeamte der Regierung zu unterstützen oder zu bekämpfen. Die PACs unterliegen dabei bestimmten gesetzlichen Regeln.

⁶ <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/senate-resolution/150>

⁷ <http://americanstudies.am/senator-lindsey->

Im Jahr 2016 wurde Senator Lindsey Graham auch vom türkischen Geschäftsmann Murat Guzel finanziert. 2019 erhielt Lindsey Graham eine Finanzierung durch das Turkish Coalition Northeast Political Action Committee.

Die Vertreter der Greenberg Traurig LLC, einer Lobbyistenorganisation, standen ebenfalls in aktivem Kontakt mit Lindsey Graham. Greenberg Traurig LLC, hat seit einigen Jahren einen Vertrag mit der Türkei in Höhe von 1.538.000 USD nur für 2019, die wiederum 3 andere Organisationen im Auftrag der türkischen Regierung beauftragte. Greenberg Traurig unterhält aktive Beziehungen zu mehreren Kongressabgeordneten, darunter Lindsey Graham. Erst 2019 schickte der Vertreter von Greenberg Traurig LLC mehrere E-Mails an Lindsey Graham und seine Mitarbeiter und traf sich zweimal mit ihm zum Thema Beziehungen zwischen den USA und der Türkei, wie in offiziellen Dokumenten angegeben.

Die Position von Präsident Trump

Präsident Trumps wollte – trotz erheblicher Differenzen mit der Türkei (Einmarsch in Syrien, Annäherung an Russland, Kauf des russischen Luftabwehrsystems S-400), Präsident Erdoğan nicht verprellen. So habe gemäß *axios.com* ein hochrangiger Mitarbeiter des Weißen Hauses Senator Graham gebeten, Einspruch gegen die Resolution S. Res. 150 zu legen, zwei weitere taten es ebenso.⁸ Doch am 12. Dezember verabschiedete der Senat



Lindsay Graham & Präsident Erdogan © VOAnews

einstimmig diese Resolution. Senator Menendez trug S. Res. 150 vor und es gab keine Gegenstimme. Die Verärgerung über die Türkei war auch im Senat über alle Maßen groß. Da wirkte Lobbying nicht mehr.

[grahams-ties-with-turkish-lobbyists/](https://www.axios.com/white-house-lindsey-graham-armenian-genocide-b3886afb-c626-476b-8a44-6d7197acd963.html)

⁸ <https://www.axios.com/white-house-lindsey-graham-armenian-genocide-b3886afb-c626-476b-8a44-6d7197acd963.html>